Finanzwesen

Nährstandsbeiträge

Die seit Mai 1945 als Aufbauumlage für die Stadt Berlin eingezogenen Nährstandsbeiträge (Beitragsordnung vom 5. Mai 1938, Verkündungsblatt vom 16. August 1938, Nr. 53) werden für die Zeit nach dem 31. März 1946 nicht mehr erhoben.

Berlin, den 15. April 1946.

Magistrat der Stadt Berlin

Finanzabteilung

Üy.: Dr. H a a s

Az. S 3303 — 1/46 — St II

Grundsteuer für anerkannte Arbeiterwohnstätten

Auf Grund des Befehls der Alliierten Kommandantur vom 12. April 1946 — BK/O (46) 164 — hat der Magistrat am 29. April 1946 folgendes beschlossen:

Nach Aufhebung der Gebäudeinstandsetzungsabgabe ab 1. April 1946 wird für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1946 von der Erhebung der Grundsteuer für anerkannte Arbeiterwohnstätten im Billigkeitswege abgesehen.

Berlin, den 29. April 1946.

Magistrat der Stadt Berlin

Der Oberbürgermeister

Dr. W e r n e r

Finanzabteilung

i. V.: Dr. H a a s

Erhebung der Vermögenssteuer

Nach Artikel VII des Kontrollratsgesetzes Nr. 13 vom 11. Februar 1946 (Verordnungsblatt Nr. 9, Seite 51) ist eine neue Hauptveranlagung des steuerpflichtigen Vermögens nach dem Stande vom 1. Januar 1946 vorzunehmen.

Bis zur Bekanntgabe der Jahressteuerschuld haben die Steuerpflichtigen **V o r a u s z a h l u n g e n** zu leisten.

A. Bisher veranlagte Vermögenssteuerpflichtige

Es ist grundsätzlich am 10. Mai 1946 eine Vorauszahlung in Höhe der Hälfte der zuletzt festgesetzten Jahressteuerschuld zu entrichten. Die bereits geleisteten Vorauszahlungen für die am 1. Januar 1946 entstandene Vermögenssteuer werden angerechnet.

B. Neu zu veranlagende Vermögenssteuerpflichtige

Neu vermögensteuerpflichtig sind ab 1. Januar 1946 alle bisher nicht veranlagten natürlichen Personen mit einem steuerpflichtigen Gesamtvermögen von mehr als RM 10 000,— und alle bisher nicht vermögensteuerpflichtigen Rechtspersonlichkeiten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Gesamtvermögens.

„Diese Steuerpflichtigen haben bis zum 10. Mai 1946 in einfacher Form eine Schätzung ihres Gesamtvermögens nach dem Stande vom 1. Januar 1946 vorzurichten und danach Vorauszahlungen zu entrichten.

Die Vorauszahlung beträgt bei natürlichen Personen **i h** % des den Betrag von RM 10 000 übersteigenden Gesamtvermögens. Alle vermögensteuerpflichtigen Rechtspersonlichkeiten haben als Halbjahresvorauszahlung 1 % ihres steuerpflichtigen Gesamtvermögens, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien jedoch mindestens 1 % von RM 50 000 und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mindestens 1 % von RM 20 000 zu entrichten.

C. Gemeinsames

Die Vorauszahlung ist unter Angabe der alten Steuernummer und der Steuerart bei der Finanzkasse zu leisten.

Das Finanzamt kann die zu leistenden Vorauszahlungen auf Grund einer besonderen Festsetzung der Jahressteuerschuld in anderer Höhe festsetzen.

Berlin, den 4. Mai 1946.

Magistrat der Stadt Berlin

Finanzabteilung

i. V.: Dr. H a a s

Abwicklungsbestimmungen zur Verordnung über die Gebäudeinstandsetzungsabgabe der Stadt Berlin vom 2. Juli 1945

Auf Grund des § 11 der Verordnung über die Gebäudeinstandsetzungsabgabe der Stadt Berlin vom 2. Juli 1945 (VOB1 Nr. 4 vom 20. August 1945, Seite 54) wird folgendes bestimmt:

1. Grundstücke, die am 8. Mai 1945 im Eigentum von Angehörigen der Vereinigten Nationen standen und die sich am Ende des Voranmeldezeitraums (Kalendermonats, § 8 Absatz 2 der VO) noch im Eigentum dieser Personen befanden, sind von der Gebäudeinstandsetzungsabgabe befreit.
2. Sind Angehörige der Vereinigten Nationen Mit-eigentümer eines Grundstücks (Bruchteils- oder Gesamthand-eigentümer), so ist das Grundstück nur mit dem auf die Angehörigen der Vereinigten Nationen entfallenden Eigentumsanteil befreit. Gesamthand-eigentum ist nach § 11 Ziffer 5 StAnpG zu behandeln.
3. Stehen Grundstücke im Eigentum einer juristischen Person (eingetragener Verein, Aktiengesellschaft u. dgl.), so sind die Grundstücke von ihrer Abgabe befreit, wenn diese juristische Person am 8. Mai 1945 ihren Sitz (§ 15 Absatz 3 StAnpG) in einem Staat der Vereinigten Nationen hatte und die Grundstücke sich am Ende des Voranmeldezeitraums (§ 8 Absatz 2 der VO) noch im Eigentum dieser juristischen Person befanden.

Es sind also nicht befreit Grundstücke, die einer in einem deutschen Handels-, Genossenschafts-, Vereins- und in einem ähnlichen Register - eingetragenen juristischen Person gehören. Dies gilt auch dann, wenn die Aktien, GmbH-Anteile usw., sich ganz oder teilweise in den Händen von Ausländern befinden.